

## Protokoll des 2. Plenums der Landessuchtkonferenz Brandenburg

Datum: 03.12.2003  
Ort: Staatskanzlei, Heinrich-Mann-Allee 107, Potsdam  
Teilnehmer: siehe Teilnehmerliste

TOP 1: Begrüßung  
Frau Dr. Steppuhn

TOP 2: Ein Jahr Landessuchtkonferenz- Eine erste Bilanz  
Herr Minister Baaske

TOP 3: „Wirksame Tabakkontrolle- was funktioniert, was funktioniert nicht?“  
Frau Dr. Bornhäuser, DKFZ

TOP 4: Theateraufführung zum Thema Alkohol  
Realschule Erkner

TOP 5: Beratungen zu den Konferenzthemen  
Moderation Herr Dr. Lindenmeyer

TOP 5.1: Geschäftsordnung und Ablauf  
Herr Dr. v. Braunmühl

TOP 5.2: Daten und Berichterstattung  
Herr Dr. Böhm

TOP 5.8: Bericht des Frauenarbeitskreises Sucht Brandenburg  
Frau Arndt- Ickert

TOP 5.3: Suchtprävention  
Frau Dr. Wulsch

Sachstand des von Philipp Morris finanzierten Projektes  
Schülermentorenausbildung  
Herr Drewicke

TOP 5.5: Ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen  
Herr Leydecker

TOP 5.6: Teilhabe von Suchtkranken am Arbeitsleben  
Herr Kremer

TOP 5.7: Krankenhausbehandlung / Qualifizierter Entzug  
Herr Niekrentz

**Zu TOP 1:**                    **Begrüßung**  
Frau Dr. Steppuhn, MASGF

Frau Dr. Steppuhn begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste der Landessuchtkonferenz 2003 und eröffnet die Veranstaltung.

**Zu TOP 2:**                    **Ein Jahr Landessuchtkonferenz- Eine erste Bilanz**  
Herr Minister Baaske

Herr Minister Baaske geht in seiner Bilanz des letzten Jahres auf folgende Themen näher ein:

- aktuelle Ergebnisse der ESPAD- Studie für Brandenburg
- Konsumverhalten von Jugendlichen bei so genannten Alcopops
- Zusammenarbeit mit der Tabakindustrie
- derzeitige Finanzsituation der ambulanten Suchtkrankenhilfe

(siehe Anlage)

**Zu TOP 3:**                    **„Wirksame Tabakkontrolle – was funktioniert, was funktioniert nicht?“**  
Frau Dr. Bornhäuser, Deutsches Krebs- Forschungs- Zentrum

Frau Dr. Bornhäuser stellt aktuelle Erhebungen zum Rauchverhalten in Deutschland sowie zu den Folgen des Tabakkonsums vor. Grundlage ihrer Ausführungen bilden die „Handlungsempfehlungen für eine wirksame Tabakkontrollpolitik in Deutschland“ (als Broschüre während der LSK verteilt).

**Zu TOP 4:**                    **Theateraufführung zum Thema Alkohol**  
Realschule Erkner

**Zu TOP 5:**                    **Beratung zu den Konferenzthemen**  
Moderation: Herr Dr. Lindenmeyer, Direktor der Salus-Klinik  
Lindow

Herr Dr. Lindenmeyer eröffnet die Beratungen zu den Konferenzthemen und gibt Hinweise zu Verfahrensfragen.

**Zu TOP 5.1:**                    **Geschäftsordnung und Ablauf der Landessuchtkonferenz**

Berichtersteller: Herr Dr. v. Braunmühl, MASGF

**Beratungsverlauf:**

Herr Dr. v. Braunmühl erläutert den mit der Einladung versandten Beratungsvorschlag zur Geschäftsordnung für die Landessuchtkonferenz (LSK).

**Beratungsergebnis:**

Das 2. Plenum der Landessuchtkonferenz nimmt die Geschäftsordnung einstimmig an.

### **Beratungsverlauf:**

Herr Dr. Böhm erläutert den mit der Einladung versandten Beratungsvorschlag.

Frau Gordes, Städte- und Gemeindebund, äußert Bedenken zum Beratungsvorschlag:

- Sie spricht sich dagegen aus, die Fragebögen im Rahmen der Schulabgangsuntersuchung der 10. Klassen an die Schüler zu verteilen.
- Sie plädiert für eine Befragung von Schülern jüngerer Klassenstufen und regt an, hierbei auch die nicht stoffgebundenen Süchte einzubeziehen.
- Sie betont die Notwendigkeit der Abstimmung der Befragungen mit den Eltern und mit den Schulen, Schulämtern und Schülervertretern.

Frau Dr. Richter, Verband der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, unterstützt den Beratungsvorschlag und betont die Bedeutung einer einheitlichen Datenerhebung für eine rationale Suchtpolitik auf Kreisebene.

Frau Dr. Ritzki, AOK Brandenburg, schlägt vor, dass die LSK allen Landkreisen und kreisfreien Städten empfiehlt, sich im Jahr 2004 an der Erhebung zu beteiligen, um eine Grunddatenlage zu ermitteln.

Herr Dr. v. Braunmühl erklärt, dass die in Punkt 4 genannte methodische Unterstützung der Kreise durch das Landesgesundheitsamt mit der Zusage von Herrn Minister Baaske gegeben ist.

### **Beratungsergebnis:**

Es werden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Teilnehmer des 2. Plenums der Landessuchtkonferenz nehmen den Zwischenbericht des Arbeitskreises Daten/Berichterstattung zur Kenntnis.
2. Der Arbeitskreis wird gebeten, seine Arbeit fortzusetzen und eine Prioritätenliste zur Verbesserung der Datenlage zu erarbeiten.
3. Die Teilnehmer des 2. Plenums der Landessuchtkonferenz regen an, dass die Landkreise / kreisfreien Städte bei künftigen Erhebungen bei Schülern der 10. Klassen den vom Arbeitskreis entworfenen Fragebogen verwenden.

Die Landkreise und kreisfreien Städte werden gebeten, sich an einer Ersterhebung im Jahr 2004 zu beteiligen, damit zu Beginn ein einheitlicher Datensatz vorliegt.

4. Der Arbeitskreis wird gebeten, Ergebnisse aus Jugendbefragungen, die unter Verwendung des erarbeiteten Fragebogens erzielt wurden, künftigen Plenen der Landessuchtkonferenz zur Verfügung zu stellen.

Diese Beschlüsse werden einstimmig gefasst.

**Zu TOP 5.8:            **Bericht des Frauenarbeitskreises Sucht Brandenburg****  
Berichterstatlerin: Frau Arndt- Ickert, FDR Potsdam

**Beratungsverlauf:**

Frau Arndt- Ickert erläutert den mit der Einladung versandten Beratungsvorschlag.

Auf Anfrage von Frau Kleuß, LVA Brandenburg, weist Herr Dr. Lindenmeyer darauf hin, dass der Frauenarbeitskreis Sucht kein Arbeitskreis der LSK sei, aber unter der Maßgabe, Doppelstrukturen zu vermeiden, von der LSK unterstützt würde.

Frau Klocek, LASV, stellt folgenden Antrag zur Beschlussfassung:

„Das Plenum der Landessuchtkonferenz empfiehlt, dass der Frauenarbeitskreis Sucht die Leistungsträger an seinen Beratungen über kostenrelevante Fragen in geeigneter Weise beteiligt.“

**Beratungsergebnis:**

Es werden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Landessuchtkonferenz begrüßt die Initiative des „Frauenarbeitskreises Sucht des Landes Brandenburg“ und dankt für die bisher geleistete Arbeit. Sie bittet den Arbeitskreis weiter tätig zu sein.
2. Die Landessuchtkonferenz empfiehlt, in allen Bereichen und Einrichtungen der Suchthilfe frauengerechte Angebote zu entwickeln. Dazu bittet sie den Arbeitskreis, konkrete Vorschläge für Brandenburg zu erarbeiten, die dem geschäftsführenden Ausschuss vorgelegt werden. Das Thema Medikamentenabhängigkeit, bei dem 2/3 aller Konsumentinnen Frauen sind, soll besondere Berücksichtigung finden.
3. Das Plenum der Landessuchtkonferenz empfiehlt, dass der Frauenarbeitskreis Sucht die Leistungsträger an seinen Beratungen über kostenrelevante Fragen in geeigneter Weise beteiligt.

Diese Beschlüsse werden mehrheitlich bei 2 Enthaltungen gefasst.

**Zu TOP 5.3:            **Suchtprävention****

### **Beratungsverlauf:**

Frau Dr. Wulsch erläutert den mit der Einladung versandten Beratungsvorschlag.

Herr Dr. v. Braunmühl schlägt folgende Konkretisierung des Punktes 3.1. der Beschlussvorlage vor: „Das Plenum der LSK empfiehlt dem Arbeitskreis, mit der Erarbeitung eines Tabak-Kontrollprogramms in 2004 zu beginnen und dabei eng mit dem DKFZ zusammen zu arbeiten.“

Herr Hinze, AKJS, Landesstelle Brandenburg, regt an, die Industrie- und Handelskammer und den Einzelhandelsverband zukünftig einzubeziehen.

Herr Dr. v. Braunmühl betont auf Nachfrage von Frau Kleuß, LVA Brandenburg, die Vereinbarkeit der formulierten Gesundheitsziele und Teilziele im Land Brandenburg mit den Vorschlägen des Forums „gesundheitsziele.de“ auf Bundesebene.

Weiterhin regt Herr v. Braunmühl folgende Erweiterung des Punktes 3.2 an: „ Das Plenum der LSK nimmt die Bemühungen der Landesregierung zur Erhöhung der Steuern auf Alcopops zur Kenntnis. Es bittet die Landesregierung, alle Möglichkeiten diesbezüglich auszuschöpfen.“

Frau Pudlitz, Landesarbeitsgemeinschaft der Psychiatriekoordinatoren, bittet um folgende Ergänzung des Punktes 2.: „Geeignete kommunale Aktivitäten werden unterstützt.“

### **Beratungsergebnis:**

Es werden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Teilnehmer des 2. Plenums der Landessuchtkonferenz erörtern die vom Arbeitskreis Suchtprävention aufgeführten Voraussetzungen für eine nachhaltig wirksame Suchtprävention und die vorgeschlagenen Ziele und Maßnahmen zu den prioritären Handlungsfeldern Tabak, Alkohol und illegale psychoaktive Substanzen.
2. Der Geschäftsführende Ausschuss wird gebeten, zusammen mit dem Arbeitskreis Suchtprävention auf eine Umsetzung der genannten Maßnahmen aus den prioritären Handlungsfeldern hinzuwirken und den Gesundheitszieleprozess Suchtprävention in Brandenburg weiterzuentwickeln.  
Geeignete kommunale Aktivitäten werden unterstützt.
3. Die Teilnehmer des 2. Plenums der Landessuchtkonferenz beschließen für die 3 Handlungsfelder folgende Schwerpunkte:
  - 3.1 zum prioritären Handlungsfeld Tabak:

Ein landesweites Tabak-Kontrollprogramm unter dem Motto „Rauchfrei in Brandenburg“ wird durchgeführt.

Das Plenum der Landessuchtkonferenz empfiehlt dem Arbeitskreis Suchtprävention, mit der Erarbeitung eines Tabak-Kontrollprogramms in 2004 zu beginnen und dabei eng mit dem DKFZ zusammen zu arbeiten.“

3.2 zum prioritären Handlungsfeld Alkohol:

Durch die Gewinnung neuer Kitas für die Durchführung von Modellprojekten wie z.B. „Kinder lernen leben“ werden die Persönlichkeitskompetenzen der Kinder in den Kitas erhöht.

Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften des Jugendschutzgesetzes und des §9 des Gaststättengesetzes in Bezug auf die Abgabe und den Konsum von Alkohol wird verstärkt kontrolliert.

3.3 zum prioritären Handlungsfeld illegale psychoaktive Drogen:

Erstauffällige drogenkonsumierende Jugendliche erhalten frühe Hilfen.

Hierfür wird ein landesspezifisches Kursangebot zur Frühintervention (FRED) entwickelt und durchgeführt.

4. Das Plenum der Landessuchtkonferenz nimmt zur Kenntnis, dass die Landesregierung prüft, ob die Möglichkeit einer steuerlichen Erhöhung für so genannte Alcopops besteht. Es bittet die Landesregierung, alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Geschäftsführender Ausschuss und Arbeitskreis Suchtprävention werden gebeten, Maßnahmen in den genannten Schwerpunkten 3.1 bis 3.3 vorrangig zu unterstützen und dem 3. Plenum der Landessuchtkonferenz über den bis dahin erreichten Stand der Entwicklung zu berichten.

Die Beschlüsse 1 bis 3.3 werden ohne Gegenstimmen bei 3 Enthaltungen, der Beschluss 4. ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung gefasst.

Frau Dr. Ritzki, AOK Brandenburg, begründet ihre Stimmenthaltung damit, dass wegen des Abstimmungsverfahrens Missverständnisse nicht auszuschließen seien.

## **Zu TOP 5.3**

## **Suchtprävention – Projekt Schülermentorenausbildung**

Berichterstatter: Herr Drewicke

### **Beratungsverlauf:**

Herr Drewicke referiert zum Sachstand des von einem Tabakkonzern finanzierten Projektes zur Schülermentorenausbildung.

Frau Dr. Steppuhn, MASGF, unterstreicht die Bedeutung einer kritischen Analyse der Ergebnisse dieser Zusammenarbeit mit der Tabakindustrie.

Frau Kaminski, Paritätischer Wohlfahrtsverband, mahnt dringend eine Veröffentlichung von Ergebnissen an.

Herr Dr. v. Braumnühl kritisiert die bisher unbefriedigende Unterrichtung über den Arbeitsstand des Projektes durch die Uni Potsdam. Er schlägt vor, die Uni Potsdam aufzufordern, zeitnah einen aussagefähigen Sachstandsbericht vorzulegen.

Auch Herr Dr. Lindenmeyer, Salus Klinik, und Frau Dr. Ritzki, AOK Brandenburg, kritisieren, dass weder der AK Suchtprävention noch der Geschäftsführende Ausschuss über die Entwicklung dieses Projektes unterrichtet wurden.

### **Beratungsergebnis:**

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Das 2. Plenum der Landessuchtkonferenz kritisiert, dass bisher weder der Arbeitskreis Suchtprävention noch der Geschäftsführende Ausschuss ausreichend über den Sachstand des von der Uni Potsdam mit Geldern eines Tabakkonzerns durchgeführten Schülermentorenprojektes unterrichtet wurden.

Das 2. Plenum bittet das MBSJ als federführendes Ressort darauf hinzuwirken, dass bis 31. Januar 2004 ein aussagefähiger Sachstandsbericht schriftlich vorliegt.

Danach soll über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Dieser Beschluss wird ohne Gegenstimmen bei 4 Enthaltungen gefasst.

Frau Seikrit, MBSJ, erklärt in der Erläuterung zu ihrer Enthaltung, dass Herr Drewicke in seinem Beitrag sachlich über den Stand des Projekts berichtet habe. Sie bittet darum, die Diskussion über dieses Projekt sachbezogener zu führen.



**Beratungsverlauf:**

Herr Leydecker erläutert eingehend den mit der Einladung versandten Beratungsvorschlag. Er geht auf die finanzielle Situation der ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke (BBS) nach Inkrafttreten des „Runderlasses für die Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte für ambulante BBS und KBS für psychisch Kranke“ ein. Er verweist auf die Tatsache, dass inzwischen 10 der 23 bestehenden Verträge von den Kommunen gekündigt wurden, und berichtet über den vorliegenden Entwurf des Arbeitskreises Beratungsstellen der BLS („Katalog von Leistungssegmenten und Qualitätsmerkmalen ambulanter BBS“) sowie über einen noch nicht abgestimmten Rohentwurf der LIGA der freien Wohlfahrtsverbände zur Leistungsbeschreibung von ambulanten BBS.

Frau Dr. Steppuhn, MASGF, stellt im Hinblick auf die kritische Situation der Beratungs- und Behandlungsstellen noch einmal klar, dass die Mittel des Landes für 2003 nur um ca. 3% gekürzt wurden. Sie verweist in diesem Zusammenhang erneut auf die gemeinsame Verantwortung des Landes und der Kommunen, Qualitätsangebote flächendeckend vorzuhalten.

Frau Kaminski, Paritätischer Wohlfahrtsverband, erkennt die Bemühungen des Landes im Ringen um die finanzielle Absicherung der Versorgung Suchtkranker an. Gleichfalls dankt sie auch Herrn Leydecker für seine kritische Darstellung der momentanen Situation, da auch nach dem Runderlass weiterhin große Unsicherheiten bei den Trägern bestehen. Sie bittet das Plenum der Landessuchtkonferenz, die gegenwärtige Situation der Beratungs- und Behandlungsstellen im Land Brandenburg zur Kenntnis zu nehmen.

**Beratungsergebnis:**

Es werden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Teilnehmer des 2. Plenums der Landessuchtkonferenz nehmen den Zwischenbericht des Arbeitskreises ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen zur Kenntnis. Sie nehmen insbesondere Kenntnis von der äußerst schwierigen finanziellen Situation, in die die Träger der ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen durch die brisante Haushaltslage von Land, Landkreisen und kreisfreien Städten geraten sind.  
Sie erörtern, welche Konsequenzen aus dieser schwierigen Situation mit dem Ziel einer Aufrechterhaltung der Versorgungsstruktur durch ambulante Beratungs- und Behandlungsstellen gezogen werden können.
2. Der Arbeitskreis wird gebeten, die ihm vom 1. Plenum gestellten Aufgaben bezüglich
  - o Qualitätsstandards für die Arbeit der ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke und

- Vorschläge zur Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen in der Versorgung von Suchtkranken zum Abschluss zu bringen und das Ergebnis dem Geschäftsführenden Ausschuss vorzulegen.

Diese Beschlüsse werden ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung gefasst.

Herr Dr. Lindenmeyer schlägt vor, bezüglich der finanziellen Situation der ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen einen zusätzlichen Beschluss zu fassen. Dieser Vorschlag wird ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Folgende zwei Beschlussvorschläge werden alternativ zur Abstimmung gestellt:

- 3a. Das 2. Plenum der LSK ist besorgt über die äußerst schwierige finanzielle Situation, in die die Träger der BBS durch die brisante Haushaltslage von Land, Landkreisen und kreisfreien Städte geraten sind. Sie erinnert daran, dass das 1.Plenum den hohen Stellenwert der BBS für die ambulante Versorgung von Suchtkranken hervorgehoben hat
- 3b. Das 2. Plenum der LSK ist besorgt über die äußerst schwierige finanzielle Situation, in die die Träger der BBS durch die brisante Haushaltslage von Land, Landkreisen und kreisfreien Städte geraten sind. Sie erinnert daran, dass das 1.Plenum den hohen Stellenwert der BBS für die ambulante Versorgung von Suchtkranken hervorgehoben hat, und bittet die zuständigen Kostenträger, ihrer Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Versorgung durch BBS trotz der brisanten Haushaltslage gerecht zu werden.

Der Beschlussvorschlag 3a findet mit 14 Ja- Stimmen keine Mehrheit.

Der erweiterte Beschlussvorschlag 3b wird mit 16 Ja-Stimmen angenommen.

## **Zu TOP 5:**

## **Teilhabe von Suchtkranken am Arbeitsleben**

Berichterstatter: Herr Kremer

### **Beratungsverlauf:**

Herr Kremer erläutert den mit der Einladung versandten Beratungsvorschlag.

Frau Zavlaris, Landesarbeitsamt, beschreibt die Schwierigkeiten bei der Beratung suchtkranker Klienten in Kliniken. Sie zeigt sich erfreut darüber, dass einvernehmlich ein Kompromiss unter den Beteiligten gefunden werden konnte. Arbeitssuchende Suchtkranke können künftig Termine mit ihrer Arbeitsverwaltung vereinbaren und Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Frau Schütz, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg, gibt zu bedenken, dass eine Information der Mitglieder der LSK über gemeinsame Planungs- und Steuerungsprozesse nicht ausreichend ist. Freie Wohlfahrtspflege und Dienste sollen mit einbezogen werden in die Steuerung und Planung. Laut SGB II sollen Eingliederungsleistungen erbracht werden.

Sie stellt ergänzend fest, dass eine Teilhabe am Arbeitsleben das Klientel niedrigschwelliger Einrichtungen und chronisch - mehrfachbeeinträchtigte Abhängigkeitskranke einbezieht. Weiterhin sollten die vorhandenen Strukturen (niedrigschwellige und tagesstrukturierenden Angebote) einbezogen und ausgebaut werden.

Herr Dr. Lindenmeyer stellt abschließend fest, dass die Ergänzungen die Berücksichtigung des Plenums erfahren und als Arbeitsauftrag an den Arbeitskreis aufgefasst werden.

### **Beratungsergebnis:**

Es werden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Landessuchtkonferenz nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass eine Einigung zwischen den Beteiligten stattgefunden hat und bittet, sobald der Text schriftlich vorliegt, den Geschäftsführenden Ausschuss zu informieren.
2. Die Landessuchtkonferenz sieht die Notwendigkeit, dass die ambulante Suchtkrankenhilfe eine Erweiterung bzw. Schwerpunktverlagerung ihrer bisherigen Tätigkeit in Richtung Beschäftigung mit den Problemen der Teilhabe am Arbeitsleben erfährt. Sie bittet den Arbeitskreis, sich in Zukunft verstärkt mit der gesamten Palette möglicher Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und mit komplementären Angeboten zur Teilhabe am Arbeitsleben zu befassen. Dabei sollen Situation, Bedarf und Entwicklungsnotwendigkeiten im Land Brandenburg aufgezeigt werden. Die LSK schlägt vor, zu einem geeigneten Zeitpunkt eine Tagung über Teilhabe von Suchtkranken am Arbeitsleben durchzuführen. Sie bittet den Vorsitzenden der LSK, zu dieser Tagung einzuladen.
3. Die Landessuchtkonferenz bittet die Arbeitsverwaltung, die Mitglieder der Landessuchtkonferenz auf dem 3. Plenum ausführlich über die

Auswirkungen der Hartz- Reform auf die Suchtkrankenhilfe zu informieren, um die Möglichkeiten gemeinsamer Planungs- und Steuerungsprozesse auszuloten.

4. Die Landessuchtkonferenz bittet den Arbeitskreis „Teilhabe von Suchtkranken am Arbeitsleben“ seine Arbeit fortzusetzen.

Diese Beschlüsse werden ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung gefasst.

**Zu TOP 5.7:           Krankenhausbehandlung Alkoholkranker und Qualifizierte Entzugsbehandlung**  
Berichterstatter: Herr Niekrentz

**Beratungsverlauf:**

Herr Niekrentz erläutert den mit der Einladung versandten Beratungsvorschlag.

Herr Unthan, Verband der Angestellten- und Ersatzkrankenkassen, unterstützt das Vorhaben des Arbeitskreises, einen Entwurf für eine brandenburgische Rahmenvereinbarung zu erarbeiten.

Frau Dr. Ritzki, AOK Brandenburg, verweist auf die Problematik der Abgrenzung einer Entzugsbehandlung und einer Entwöhnung. Da rechtlich eindeutige Vorgaben fehlen, werden bislang nur Einzelfallentscheidungen getroffen.

**Beratungsergebnis:**

Es wird folgender Beschluss gefasst:

1. Die Landessuchtkonferenz nimmt den Zwischenbericht des Arbeitskreises „Krankenhausbehandlung Alkoholkranker und Qualifizierter Entzug“ zur Kenntnis und beauftragt den Arbeitskreis, seine Arbeiten fortzusetzen.

Dieser Beschluss wird einstimmig gefasst.

## **Schlusswort**

Zum Abschluss des 2. Plenums der Landessuchtkonferenz dankt Frau Dr. Steppuhn für die kritisch-konstruktive Mitarbeit der Mitglieder der Arbeitskreise und des Geschäftsführenden Ausschusses.

Das **3. Plenum** der Landessuchtkonferenz wird voraussichtlich im **November oder Dezember 2004** stattfinden.